

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899

42 (18.2.1899) Parlaments-Ausgabe

Badische Landeszeitung

Ausgabe:
Wohntil. zwölf mal.
Abonnementspreis:
vierteljährlich:
in Karlsruhe durch
eine Agentur bezogen:
2 Mark 50 Pf., in
das Haus gebracht:
2 Mark 80 Pf., durch
die Post ohne Zustell-
gebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorauszahlung.

Anzeigegebühren:
Die 11spaltige Kolon-
neltzeile oder deren
Raum für 20 Zeilen
Inserate 15 Pf., für
auswärtige In-
serate 20 Pf., im
Restamte 60 Pf.
Bei größeren Auf-
trägen entsprechendem
Rabatt.

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Parlaments-Ausgabe.

Karlsruhe, den 18. Februar 1899.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung vom 16. Februar.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.
1 Uhr. Am Bundespräsidenten: Graf Pofadowsky u. A.
Die erste Beratung der Invalidenversicherungsnovelle wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Dertel (L.): Der gesunde soziale Sinn wurzelt im wahren Christentum, dessen Grundgedanke ist: Einer für Alle, Alle für Einen. Ihm gegenüber steht der Unsin der Sozialdemokratie, der nur in der Dummheit einer Arbeiterkultur gesehen kann und schließlich zu einem Kampf aller gegen Alle führt. Die soziale Gesetzgebung ist eine Frucht des christlichen Sinnes. Gegen den sozialdemokratischen Unsin können wir uns am besten schützen, wenn wir den gesunden sozialen Sinn fördern (Sehr wahr! rechts). Es ist nicht wahr, daß die Furcht vor der Sozialdemokratie den Anlaß zu unserer sozialen Gesetzgebung gegeben hat. In dem Herzen des großen Kanzlers hatte die Furcht keinen Platz. Meine Freunde haben freudig an dem Ausbau der sozialpolitischen Gesetze mitgearbeitet, ohne daß sie freilich glauben, damit die Sozialdemokratie verflüchtigt zu können. Es ist nicht wahr, daß die Konventionen für diese Gesetze eingetretten sind, weil sie die Armenlasten vermindern wollten. Herr Wurm hat gestern, um die Landflucht aus dem Osten zu erklären, einen Versuch von Heine angeführt. Die lyrische Verglebung sei Heinrich Heine unbenommen, aber er war weder anderer Stammes, noch unserer Religion (Beifall rechts) und hat mit seinem Vers über die Matten wohl nur diejenigen schildern wollen, die ihm am nächsten standen. (Sehr wahr! rechts.) Bei diesen Leuten freilich beginnt die Heimatliebe erst mit der Gattin oder mit der Liebesfähigkeit. (Heiterkeit.) Der Wandertrieb der Germanen hängt zusammen mit gewissen träumerischen Gedanken. Auch läßt sich nicht leugnen, daß die Siedt nach Vergnügungen, die vielfach auch die Arbeiter in die Städte treibt, von der Sozialdemokratie genährt wird. Sehen Sie doch die Vergnügungsangelegen in „Vorwärts“, der doch kaum ein Blatt für notleidende Arbeiter ist. Oft sind in einer Nummer Dutzende von Bällen angeführt. Diese Angelegen sind doch auch wohl nicht nur für die Kapitalisten der Partei, Privatdozenten u. s. w., sondern für die Masse der Arbeiter bestimmt. Die Pensionen resultiert aus verschiedenen Ursachen, auf die ich nicht näher eingehen will. Auch ich bin dafür, daß die Prügelstrafe für weibliche und thierische Verbrechen eingeführt wird, und zwar nicht nur für Minderjährige. (Beifall rechts.) Und ich hoffe, daß man noch einmal den Muth findet, das zu erreichen, was die große Mehrheit der Bevölkerung in den Zeiten der zunehmenden Noth verlangt. (Beifall rechts.) Die Humanität, die über thierische Nothheiten menschlich denkt, ist ein Jervbild, eine Frage. (Beifall rechts.) Den Antrag Wurm, der die Kosten der Versicherung anders vertheilen wollte, haben wir jetzt nicht wieder eingebracht. Man hat damals gesagt, daß der Antrag von den Sozialdemokraten abgelehnt sei. Das ist nicht wahr, wenn er auch manchem in seinen Grundzügen mit dem sozialdemokratischen gemeinsam hatte. Warum soll nicht auch eine minder schmerzliche Heine mal ein brauchbares Glied liefern? (Große Heiterkeit.) Wir hatten aber den Gedanken der Vertheilung der Kosten auf die Gesamtheit fest. Denn dieser Gedanke entspricht dem ganzen Wesen der Versicherungsgesetze. Der Antrag Wurm wird in verbesserter Form, vielleicht in der nächsten Legislaturperiode wieder kommen. Die Angriffe, die der Abg. Wurm gegen unsere Vertheilung richtete, sind ganz künstlich, denn wir haben den besten Vertheilung der Welt, unsere Vertheilung können wir gegen weit besser leisten, als die Vertheilung anderer der Arbeiter, die der Abg. Wurm empfahl. Die Hineinziehung der Privatlehrer halte ich für bedenklich, Kandidaten z. B. sind doch nur einige Jahre Lehrer. Und die auswärtigen Arbeiter müssen bezahlt kommen werden. Das Gesetz muß reformirt werden, daß es dem Mittelstand schädigen wollte, so hieße das, die Steine aus dem Fundament des Hauses nehmen, um das Dach damit zu bauen. Der Mittelstand ist aber auf einem Standpunkt angelangt, daß man sagen kann: Ultra posse nemo obligatur. (Beifall rechts.)

Abg. Bräufke (Frei. Vp.): Ich verstehe nicht, wie es möglich ist, daß das Gesetz bisher in seiner Heimath Opreußen sich nicht nur keine Sympathien erworben, sondern sogar manche Zwistigkeiten hervorgerufen habe. Die Nothlage der opreuenischen Anstalt sei zum Theil dadurch hervorgerufen, daß das Gesetz umgangen werde. So würde für landliche Arbeiterinnen vielfach überhaupt nicht gefast. Das heißt doch, daß Gesetz mit Füßen treten. Aber trotzdem könne die Nothlage der opreuenischen Anstalt nur durch den Ausgleich beseitigt werden. (Hört, hört! rechts.) Er hoffe, daß aus der Kommission ein besseres Gesetz als das bisherige herauskommen werde.

Abg. Stöbel (Chr.): Der Antrag Wurm scheint zu den Wärmern zu gehören, die nicht sterben. Die Konventionen fragen heute über die Befreiung des Mittelstandes, weshalb haben sie aber demnächst nicht für die Anträge des Centrums gestimmt? Wenn das Gesetz nach den Konventionen gestaltet würde, würde die Nothlage noch mehr umwunden erregen, als das Gesetz selbst schon erregt hat. Ich hoffe jedoch nicht, daß das Gesetz hier Annahme findet. Ganz und gar unmöglich ist es, das bisher angefallene Vermögen aufzuheben, das würde besonders in den Kreisen der Knappschaftsvereine einen Sturm der Entrüstung hervorrufen. Die Nothlage der opreuenischen Anstalt ist nach den Ausführungen des Vorredners begründet. Wenn die Konventionen gut organisiert werden und nicht so viel Bureaufkrummung darin ist, dann werden sie sehr segensreich wirken können. Denn sie bewirken, daß das Publikum in nähere Berührung mit den Beamten kommt, die Leute können da wenigstens ihrem Herzen mal Luft machen und das thut auch wohl, selbst wenn man abgewiesen wird. (Beifall im Centrum.)

Abg. Lanzinger (Chr. Bauernbund): Ich vermute, daß man die Landwirtschaft und das Kleingewerbe von dem Gesetz befreie, in Böhmen werde das Gesetz als eine der schwersten Lasten empfunden. **Abg. Fehr von Zimm (Reichsp.):** Ich gebe zu, daß das Gesetz vielfach Unzufriedenheit erregt hat. Dies Gesetz hat sich aber Aufgaben gestellt, die es nicht erfüllen kann. Ein Ausgleich ist unbedingt notwendig, er ist einfach eine logische Konsequenz. Doch kann ich mich mit dem vorgeschlagenen Wege des Ausgleichs nicht befremden, denn das ist kein Ausgleich, sondern nur ein Wahlmitttel. Wenn man aus ideativen Gründen keine Reichsanstalt will, so würden sich vielleicht Landesanstalten empfehlen, anstatt der Provinzialanstalten. Der Vorschlag des Abg. Fehr, Gefabrenklaffen einzurichten, ist unmöglich. Die vassen nur für die Unfallversicherung. Bei der Invalidenversicherung aber muß es heißen: „Gleiche Brüder, gleiche Kappen!“ Die industriellen Arbeiter müssen für die landwirtschaftlichen mitarbeiten. Sonst müßte man besondere Anstalten für die Industrie und die Landwirtschaft errichten. Herr Abg. Köfke hat die kaiserliche Postkast von 1881 missverstanden, wenn er daraus die Absicht herleiten will, das Gesetz auf korporativer Grundlage aufzubauen. Die Postkast hat nur die Ziele angegeben. Wenn der Abgeordnete Köfke sich so an die Reichsanstalt klammert, weshalb will er denn

jetzt nicht auch das Tabakmonopol. Wenn der Ausgleich abgelehnt wird, so ist die preussische Regierung geradezu verpflichtet, die preussischen Anstalten zusammenzulegen. Wie ich höre, wird im Abgeordnetenhaus schon ein dabingehender Antrag vorbereitet. Wichtiger als die ganze Invalidenversicherung ist die Wittwen- und Waisenversicherung. Ich hoffe, daß es in der Kommission gelingen wird, auch hier einen Ausweg zu finden. Ebenfalls muß das Loch zugestopft werden, das jetzt zwischen der Kranken- und Invalidenversicherung besteht. Allerdings haben viele Knappschaftskassen hier schon Abhilfe getroffen. Warum muß ich dagegen vor der Zusammenlegung der Kranken- und Invalidenversicherung. Wenn man jetzt das Gesetz reformirt will, dann muß man gleich ein gutes Gesetz machen und kein Nothgesetz. Es wäre ein Unheil, wenn alle Anstalten ein neues Gesetz käme. Die Knappschaftskassen muß ich gegen die gegen sie erbotenen Vorteile entscheiden in Stand nehmen. Es ist in bekannt, daß die Sozialdemokratie, wenn sich Kassenfassen in ihren Händen befinden, die angefallenen Vorteile in maßloser Weise maltrahirt. Ich habe die sozialpolitische Gesetzgebung bereits besprochen, als an die Sozialdemokratie noch gar nicht zu denken war und als Bebel und Liebknecht, wenn sie hier auftraten, einfach ausgelacht wurden. Es ist also falsch, daß die soziale Gesetzgebung der Sozialdemokratie zu danken ist. (Beifall rechts.)

Abg. Lucke (Vd. d. L.): Gegen den hier zu Tage getretenen Gegenstand zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern erobert sich mein Herz denn beide gehören zusammen wie Mann und Frau. Es wäre richtiger, die Zwangsversicherung auszuheben auf alle Gewerkschaften. Es wird eingewandt, daß das zu teuer wird. Nun, lassen Sie es doch zu Ihrer werden, lassen Sie doch die großen Geldsummen in die unteren Volksschichten hineinkommen. Durch richtigen Ausbau der sozialen Gesetzgebung können wir auch die riesigen Vermögensverhältnisse ganz erheblich vermindern. **Abg. Graf Bernstorff-Neschen (Wp.):** Unser Volkstheben hat die rechtliche und wirtschaftliche Grundlage verloren, man stellt den Staat als Träger der Almosen hin und verlangt von ihm alles Mögliche, das er aber gar nicht erfüllen kann. Aber wir müssen hier doch auch vom Standpunkt der Nothwendigkeit aus vorgehen, daß die Kosten der sozialen Gesetzgebung der Allgemeinheit auferlegt und die Zwangsversicherung im Sinne des Vorredners eingeführt werde. Auch die moralische Wirkung einer derartigen allgemeinen Versicherung wird eine ganz andere sein, als die der heutigen Versicherung. Daß mit dem Entwurf keine sozialistischen Tendenzen erstrebt werden, glauben wir dem Staatssekretär ohne weiteres, aber wir dürfen doch nicht in Worte stellen, daß er einen sozialistischen Charakter trägt.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Natl.): Ich wünsche, daß wir uns mit den Militärintenden einmal ebenso eingehend beschäftigen, wie mit den Invaliden der Arbeit. Im Uebrigen habe ich nur das Wort ergriffen, um mich gegen die Behauptung im heutigen „Vorwärts“ zu wehren, ich hätte das Preussische Urtheil gegen die thierische Arbeiter verurtheilt. Der „Vorwärts“ läßt sich wesentlich und absichtlich keine Gegner. **Abg. Singer (Soz.):** Herr von Stumm hat hier wieder die Theorie vom Inderebrod und der Weisheit vorgebracht. Die Arbeiter danken für das Inderebrod, wenn es ihnen gleichzeitig mit der Weisheit des Sozialistengesetzes besetzt wird. Herr von Stumm hat auch wieder nach der Jubiläumsvorlage gefast. Fehr von Stumm als Schlichter der Freiheiten der Arbeiter! Er, der seinen Arbeitern in Allem Vortheile macht, der ihnen sogar die Weisheit verleiht und ihnen verleiht zu betheuern. Er ist wirklich nicht der kenneiste Vertreter der Freiheit der Arbeiter. Es ist höchstselbst wahr, was der Redner Wurm über den Zusammenhang der Invalidenversicherung und der Zwangsversicherung gesagt hat. Herr Dertel ist eben noch nicht lange genug im Reichstag, sonst müßte er wissen, daß man sich, ehe man Angriffe erhebt, genügend informirt. Selbst in den Motiven der ursprünglichen Vorlage von 1889 vor auf die Herabminderung der Armenlast hingewiesen. Auch die Prügelstrafe hat Herr Dr. Dertel empfohlen. Wenn einmal die Prügelstrafe eingeführt wird, dann würden die Agitatoren des Bundes der Deutschen die ersten sein, die Prügel frögen. (Große Heiterkeit.) Denn so etwas von Nothheit, wie diese Agitatoren sich beliebt haben, ist noch niemals dagewesen. Selbst unsere feindliche Blätter haben zugegeben, daß gegenüber der reben Sprache des Bundes der Landwirthe die Sozialdemokraten noch milde seien. Wir verurtheilen die Nothheiten ebenso sehr wie andere, nennen es aber auch Nothheit, wenn zu Inthandlungen gegen die Arbeiter aufgeführt wird und wenn man verlangt, daß Sozialdemokraten anders behandelt werden, als andere Menschen. Aber die Konventionen betrachten das, was sie bei Anderen entbehren, bei den Arbeitern als Delikt. In dem Pöblauer hat der „Vorwärts“ nicht bloß das barterliche beauftragt, sondern ausdrücklich geschrieben: „Es war ganz natürlich, daß die Inthandlungen bestraft werden müßten.“ In anderen Fällen, wo Arbeiter mißhandelt wurden, ist Freisprechung erfolgt, selbst ein Untersuchungsrichter, der einen polnischen Arbeiter erschossen hat, ist freigesprochen. Das Urtheil in Dresden hat überall einen Schrei der Entrüstung und Empörung erregt, es ist von Allen als Unrecht empfunden worden und wird ein blühiger Same für die Sozialdemokratie sein. In manchen landlichen Distrikten bekommen die Arbeiter am Sonntag nicht zu essen, weil sie dann nicht arbeiten. Herr v. Bötticher spielte bei der ersten Beratung des Gesetzes darauf an. Das ist ein Gegenbild zu der Stelle, die der Abg. Singer im Abgeordnetenhaus erzählte. Gegenüber solchen Zuständen erhebt die Sozialpolitik in einem eigentümlichen Lichte. Gewahren Sie uns das volle Koalitionsrecht, dann können wir Ihnen die ganze soziale Gesetzgebung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schlinger (Chr. Bauernbund): Ich wünsche eine Herabminderung der landlichen Arbeiter aus der Versicherungspflicht und wünscht im Uebrigen, daß die Kosten derselben der Allgemeinheit zur Last fallen. Hiermit schließt die Debatte. **Es folgen persönliche Bemerkungen.** **Abg. Fehr v. Stumm:** Der Abg. Singer hat davon hingewiesen, daß meine Rede keinen Beifall gefunden hat. Wir sind eben nicht gewohnt, eine Klage einzulegen, die bei jeder Rede in einem Beifallsturm anbricht. Weiter meint Herr Singer, ich hätte die Jubiläumsvorlage verlangt, ich habe sogar noch mehr verlangt, nämlich ein neues Sozialistengesetz. **Abg. Dr. Dertel (Soz.):** Der Abg. Singer hat mich mißverstanden. Wenn er mir den guten Rath giebt, mich vorher besser zu informieren. **Präsident Graf Ballestrem:** Die Reichsstände des Abg. Singer können nicht Gegenstand einer persönlichen Bemerkung sein. (Heiterkeit.) **Abg. Dr. Dertel (fortfahrend):** Der Abg. Singer hat mich mißverstanden, wenn er meint, ich habe mich über die Auffassung seiner Partei über die Prügelstrafe entäußert. Im Gegentheil, ich habe mich über die Auffassung seiner Partei königlich geäußert. Wir verurtheilen jede Nothheit, sowohl die von Arbeitern, als die von Arbeitgebern, z. B. wenn Mäntelabnehmen auf ein unethisches Gewerbe hingewiesen werden. (Große Unruhe bei den Soz.) **Abg. Köfke:** Der Abg. Fehr hat von Stumm hat mir vorzuerufen, daß ich die kaiserliche Postkast vom 17. November hier zur Sprache gebracht und dadurch indirekt die Person des Kaisers in die Debatte gezogen habe. Diese Ansicht hat mir fern gelegen. Ich habe die Postkast lediglich als Regierungskast aufgefast.

Abg. Langer erwidert dem Abg. Singer, daß seine Rede über die Arbeiternoth in der Presse vielfach falsch wiedergegeben sei. Das habe vielleicht an der schlechten Auffassung des Hauses gelegen. So hat das „Berliner Tageblatt“ irrtümlich geschrieben. . . .

Präsident Graf v. Ballestrem: Was das „Berliner Tageblatt“ schreibt, gehört nicht zur persönlichen Bemerkung. (Heiterkeit.) **Abg. Singer:** Nach der Erklärung des Abg. Langer fällt für mich selbstverständlich jeder Grund weg, ihn persönlich für das, was in der Presse steht, verantwortlich zu machen. Er kann mir aber nur dankbar sein, daß ich den Bericht über seine Rede citirt habe. **Präsident Graf v. Ballestrem:** Die Dankbarkeit des Abg. Langer hat mit einer persönlichen Bemerkung nichts zu thun. (Heiterkeit.) **Abg. Singer (fortfahrend):** Er kann mir dankbar sein, daß ich es herbeigeführt habe, daß er nicht mehr irrtümlich zum Verbreiter falscher Nachrichten gemacht wird. Hierauf wird die Vorlage einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Um 5 Uhr geht das Haus zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung über, zur Verlesung folgender Interpellation **Sothausen (Däne):** Erachtet der Herr Reichskanzler die außerordentlichen Maßregeln und die damit in Verbindung stehenden Beschränkungen dänischer Untertanen, welche von der preussischen Staatsregierung in den norddeutschen Provinzen ergriffen worden sind, für gerechtfertigt und den Interessen des Reichs entsprechend? **Präsident Graf Ballestrem:** Ich richte an den Herrn Reichskanzler die Frage, ob er bereit ist, die Interpellation sofort zu beantworten.

Reichskanzler Fürst zu Hohenhausen: Auf die Anfrage des Herrn Präsidenten gestalte ich mir, das Folgende zu erwidern: Das Recht der Ausweisung von Ausländern ist der Ausübung eines Landeshoheitsrechtes der einzelnen Bundesstaaten, dessen Ausübung weder nach der Reichsverfassung noch nach den Reichsgesetzen der Beaufichtigung seitens des Reichs unterliegt. Die Bestimmungen des Art. 4 Nr. 1 der Reichsverfassung, wonach die Fremdenpolizei der Beaufichtigung seitens des Reichs und dessen Geltendmachung untersteht, kann auf die Ausweisung von Ausländern nicht bezogen werden. (Sehr richtig! rechts.) Diese Bestimmungen sind im Jahre 1867 auf Antrag des Abg. Michalek in die Verfassung des Norddeutschen Bundes aufgenommen worden. Die Absicht des Antrags ging lediglich dahin, die Möglichkeit auszufüllen, daß etwa auf dem Wege der einseitigen Fremdenpolizei rechtswidrige Bestimmungen über Ausweisung und Freizügigkeit illusorisch gemacht werden könnten. Dagegen ist eine Einschränkung des Rechts der Einzelstaaten zur Ausweisung von Ausländern aus dieser Bestimmung nicht abzuleiten. Der Gesichtskreis des Reichskanzlers wird mithin durch die von der Königlich preussischen Regierung verfügten Maßregeln, welche den Gegenstand der Interpellation bilden, nicht berührt. Aus diesem Grunde muß ich es ablehnen, die Interpellation zu beantworten und auf dieselbe sachlich einzugehen. Sollte eine Besprechung derselben stattfinden, so werden sich die Vertreter der verbundenen Regierungen daran nicht betheiligen können. (Lebhafter Beifall rechts und bei den National-Liberalen.)

Abg. Singer (Soz.): Ich beantrage Besprechung der Interpellation. **Präsident Graf Ballestrem:** Die Besprechung einer Interpellation, deren Beantwortung die verbundenen Regierungen abgelehnt haben, ist zulässig. Sie kann aber nur erfolgen, wenn der Antrag auf Besprechung von mindestens 50 Mitgliedern untersteht. Ich frage also, wer den Antrag untersteht. Es erheben sich die Sozialdemokraten, der größte Theil des Centrums, die freisinnigen Parteien, die deutsche Volkspartei und die Polen.

Präsident Graf Ballestrem: Die Unterstufung reicht aus. Die Besprechung findet also statt. Nach diesen Worten verlassen der Reichskanzler Fürst Hohenhausen, der Staatssekretär Graf Pofadowsky und die übrigen Regierungsvertreter den Saal. Zur Begründung der Interpellation erhält nunmehr das Wort **Abg. Sothausen (Däne):** Er schildert den Umfang der Ausweisungen und die Folgen derselben, behauptet sodann, man sei vielfach gegen die Dänen mit Lügen vorgegangen und führt dann fort: Bei der Besprechung der Interpellation Barth im Abgeordnetenhaus ging man seitens der Regierung dazu über, den Abg. Hansen auch auf solche Weise anzugreifen, indem man Stücke aus alten Protokollen hervorholte und . . .

Präsident Graf Ballestrem: Ich unterbreche den Redner. Vorhin hat er mit großer Empfindlichkeit diejenigen, welche gewisse Beschuldigungen gegen norddeutsche Abgeordnete erhoben, Lügner genannt. Jetzt trägt er vor, daß seitens der preussischen Regierung gegen diese Personen diese Vorwürfe erhoben werden. Das ist nicht zulässig. Er darf hier nicht die Mitglieder einer Bundesregierung Lügner nennen, und ich rufe ihn daher zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. Johannsen (fortfahrend): Ich habe nicht gesagt, die preussische Regierung hätte den Abg. Hansen als eine Landesverrath treibende Person hingestellt. Nur dann wäre . . . **Präsident Graf Ballestrem:** Das ganze Haus wird den Eindruck gehabt haben, daß der Abgeordnete mit großer Geschicklichkeit den Versuch gemacht hat, der preussischen Regierung den erwähnten Vorwurf zu unterstellen. (Lebhafter Widerspruch links.) Ich bin überzeugt, in seinem Innern wird mir der Herr Abgeordnete selbst bestimmen.

Abg. Johannsen (fortfahrend): Ich will über die preussische Regierung nicht weiter sprechen. — Im Abgeordnetenhaus verweist man auf einige dänische Kalendergeschichten, um die Ausweisungen zu rechtfertigen. Da ansetzte es. (Heiterkeit.) Sie stützen sich weiter auf eine Schrift, die ihr Verfasser selbst als eine Stegreifdichtung bezeichnete. Wenn das genügt, um die Ausweisungen als gerecht darzustellen, da möchte ich ausruhen: O tempora, o mores! (Heiterkeit.) Die dänische Sprache hat man in Schleswig-Holstein immer mehr zurückgedrängt, nur für die Religionsstunden wird sie noch beibehalten. Die Sprache ist aber doch die Grundlage der Erhaltung der Nationalität. Erst seit Herr v. Keller Oberpräsident in Schleswig-Holstein wurde, ist man so stark und aggressiv gegen die dänische Bevölkerung vorgegangen ohne jede äußere Veranlassung. Herr v. Keller schafft erst die Sprache. Ich überlasse es dem Reichstag, sein Urtheil über diese Maßnahmen anzuspochen.

Hierauf wird die weitere Besprechung auf Freitag 1 Uhr vertagt. Außerdem werden eine Reihe von Anträgen auf die Tagesordnung gesetzt (darunter Antrag Fehr v. Hertenheim bet. die internationalen Wasserfragen, Antrag Rieckert bet. Abänderung des Wahlgesetzes).

Schluß 6 Uhr.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Otto Neuf in Karlsruhe.

ich
es
ich
es
in
den
2.1
auch
er
oca.
at
W. J.
er die
erren
an f
ein
ein
in
der
4.1
at um
tag.
er Bos
inter.
enden
Nieder,
Bair
die die
in
4.3
rim.
72.3
aren.
wird
70.3.2
ater
1899.
Rauten.)
lung.
ng Grif
ers.
emann
ne Behe
Andrien.
Mart.
Schilling
Kempf.
Höder.
Galleo.
Benedict.
im Bayer
burger.
t.
Willelm
Gers.
Höder.
a Höder.
erhäufet.
/20 Uge.

Handel und Verkehr.
 * Basel, 15. Febr. Der Centralausschuss des Schweizerischen Sanftvereins schlägt 7 Proz. Dividende (i. B. 7 1/2 Proz.) vor.
 * Mailand, 15. Febr. Die vom Schatzminister vorgenommenen Erhebungen ergaben, dass der Januar-Zolldienst für das Ausland vier Millionen weniger erforderte wie in der gleichen Zeit des Jahres 1898. Danach sind etwa 100 Millionen Staatsanleihen im Vorjahr nach Italien zurückgeführt.
 * Zuckersabrik Frankenthal. Die Dividende für das Jahr 1897/98 beträgt 20 Proz. (16 1/2 Proz. i. B.). Zum Vortrage gelangen 104 398 M. (12 144 M. i. B.).

Patentbericht für Baden
 mitgeteilt von dem Internationalen Patentbureau C. Meyer in Karlsruhe (Baden).
 Auskünfte ohne Recherche werden den Abonnenten dieser Zeitung bei Einsendung der Patentur gratis erteilt.
Patent-Anmeldungen.
 Nr. 11312. Senfbehälter. Friedrich Förster, Karlsruhe, Kreuzstraße 17. Angemeldet am 7. Nov. 1898. — Sch. 11 121. Selbstspannendes Sieb für Griespflugmaschinen. J. G. Schuldt, Mannheim. Angemeldet am 13. Oktober 1898.

Patent-Erteilungen.
 Nr. 102590. Verfahren zur Herstellung von metallenen Cigarettenfaschen ohne Anwendung von Hartloth. D. Künzinger, Pforzheim, Fahrstraße 35. Angemeldet am 21. Juli 1898.
Gebrauchsmuster-Eintragungen.
 Nr. 109384. Kravattenhalter, aus einer fischelförmigen Hülse in Verbindung mit einer federnden Schließvorrichtung bestehend. J. Leutner jr., Konstanz. Angemeldet am 17. Januar 1899. — Nr. 109281. Gitterhanddruckapparat für Standgefäße mit in den Holzteil eingelassenen Beschleuniger für die Kautschukbuchstaben und Matrize für die Gitterumrandung. Robert Wörner, Mannheim F. 5, 10. Angemeldet am 19. Dezember 1898. — Nr. 109298. Fußventil mit tonischer Schutzglocke. Karl Reuter, Mannheim III, Querstraße 3-7. Angemeldet am 14. Januar 1899.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Reuß, für den Anzeigenteil: Ludwig Vordach in Karlsruhe.

Eheschließungen.
 Karlsruhe, 16. Febr. Martin Morstadt von Tauberbischofsheim, Reserveheizer hier, mit Gretchen Schöndleber von Tauberbischofsheim; Jakob Oser von Lauf, Tagelöhner hier, mit Marie Kurz, geschiedene Dämmer, von Lauf.
Geftorben.
 Karlsruhe, 14. Febr. Leopold Bentler, Expeditionsgehilfe, 22 J.; Heinrich Hoff, Tagelöhner, 19 J.; Karoline Waag, Kanzleirats-Gattin, 64 J.; August B. Friedrich Goldschmidt, Injunktaleur, 1 M. 5 Z.
 Offenburg, 12. Febr. Timothea Fischer.
 Bohlshut, 12. Febr. Leo Gros, Accisor, 56 J.
 Griesbach, 12. Febr. Luise Haberer, 52 J.
 Konstanz, 13. Febr. Thelma Kraft, geb. Schmidt, 67 J.
 Waldshut, 13. Febr. Frieda Theresia Weba, 22 J.
 Bellingen, 13. Febr. Karoline Hummel, geb. Ulmer.
 Burlach, 13. Febr. Karl Hasler.
Geftorben.
 Freiburg, 13. Febr. Agathe Mähler, geb. Kunz, 89 J.
 Baden-Baden, 14. Febr. Karl Degler sen., Schneidermeister, 80 J.
 Waldshut, 14. Febr. Raver Ulmer, 79 J.
 Bellingen, 15. Febr. Heinrich Furtwängler, Buchbinder, 70 J.
 Bellingen, 15. Febr. Emilie Hamer, 53 J.

Weinversteigerung zu Haardt bei Neustadt a. d. Hdt. (Rheinpfalz).
 Mittwoch den 29. März 1899, mittags 1 Uhr, zu Haardt im Gasthaus zum Weinberg bei Herrn Karl Bauer läßt Herr
Jacob Degen,
 Gutsbesitzer in Haardt,
circa 160 Fuder 1897er und 1898er Rotwein
 versteigern.
 Probetage: 10. u. 11. März und Versteigerungstag.
Fr. Cuny, f. Notar.

Stammholzversteigerung.
 Die Gemeinde Wuggenturm, Amts Rastatt, versteigert am
Wittwoch den 22. Februar d. J.,
 vormittags 1/10 Uhr anfangend, in ihrem Hiebholz Schmalhard und in der Kahlflechte Steinhard nachverzeichnete Stückholz:
 191 Eichen I., II., III. u. IV. Klasse;
 74 Eichen I., II., III. u. IV. Klasse;
 52 Eichen I., II. u. III. Kl.;
 80 Kiefer I., II. u. III. Kl.;
 5 Kirschbäume, 12 Pappeln (Schlagpappeln) I. u. II. Kl.;
 149 Nichtenkämme und Klöße I., II., III., IV. u. V. Kl.; 966.1
 23 Fichtenkämme, 339 Kieferstangen, 72 Nichtenstangen und 2 Eichen Kieferholz.
 Zusammenkunft im Hiebholz an der Straße nach Rastatt, Wuggenturm, den 15. Februar 1899.
Schaub, Bürgermeister.

Bekanntmachung.
 Während der Dauer der Prüfung der hiesigen Volkskassen durch die Untersuchenden in der Zeit vom 10. Februar bis zum 24. März wird jeweils einer der Untersuchenden in der obigen Zeit — täglich von 11-12 Uhr — zur Sprechstunde im „Rektorat“ anwesend sein.
 Karlsruhe, den 10. Februar 1899.
Prof. G. Specht, Stadtschulrat.
Dr. Gerwig, Rektor.



Liederhalle.
 Donnerstag den 16. d. Mts., abends pünktlich 8 Uhr,
Chorprobe
 für die Abendunterhaltung des Schwarzwaldbundes.
 (Direktion: Herr C. Reines.)
 975.2
 Filiale Frankfurt, Kaiserstr. 1.
 Filiale Frankfurt, Kaiserstr. 1.

Patente
 besorgen und verwerten
H. & W. Pataky
 Berlin N.W.,
 Lützen-Strasse 25.
 Geogr. 1882.
 Bis jetzt über
30 000
 Aufträge zu Anmeldungen, Verwertungsverträge für ca. 2 1/2 Millionen M.
 Auskunft u. Prospekte gratis.
 178.26.17

Flügel,
 feinsaitig, mit schönem Ton, gut erhalten, zu M. 680.— zu verkaufen bei **M. Haack, Karlsruhe.**
 Galt Grünwald, 2 Treppen. 775.8.3

Honig.
 Feinsten garantiert reinen unversäßelten Eigenhonig vert. die 10 Pfd.-Dose zu 6.50 Mk. franko **A. Steinkamp,** Smiter in **Stoppensburg,** Grieb. Oberrub. 594.41.11
Hand-Käse. 100 St. 3 Mark, 500 St. Mk. 13.50, 1000 St. 26 Mk. Koch, ab hier. **C. Sauborn, Marburg (Hessen).** 93.40.18

Verein Merkur
 Kaufm. Verein Nürnberg
 Mitgliederzahl ca. 5000
 (Abteilung für Stellenvermittlung mit Anschluss von 2 kantonalen Vereinen).
 Der Verein empfiehlt stellensuchenden Kaufleuten seine Dienste.
 Stets ca. 300 Vakanzen zu besetzen bei kostenloser Vermittlung für Prinzipale und Mitglieder.
 Mitgliedsbeitrag Mk. 6.— p. a. Reglement gratis und franko.

I. Hamb. Cigar.-F. sucht allerorts **Vertreter** d. Gatt. u. Vergüt. b. M. 250.— pr. Mon. Bew. u. P. 3269 a. H. Eisler, Hamburg. 814.12.7

Moser-Roth
 empfehlen ihre vorzügliche garantiert reine
Vanille-Chocolade
 zum Kochen per Pfd.
 Mk. 1.1, 2.0, 1.40, 1.60, 2. u. höher.
Kaiser-Chocolade
 zum Essen per Pfd.
 Mk. 1.20, 1.40, 1.60, 2.—
Fürsten-Chocolade
 Mk. 2.50 p. Pfd.
 Verkaufsstellen durch Plakate ersichtlich.

Zu Festlichkeiten
 empfiehlt 719.6.4
 als vorzüglichsten französischen Champagner
Victor Cliquot
 Reims, in der Filiale Hochheim a. M. in Flaschen gefüllt, zu Originalpreisen per Flasche von Mk. 4.— an.
Julius Hoeck
 Weinhandlung,
 Kriegerstr. 6 u. Kaiserstr. 102.
 Telephon 74.

Danksagung.
 In 6 Wochen habe ich durch die Behandlung des berühmten Haar-Spezialisten, **Herrn F. Kitz** in Herford den stärksten Haarruch hervorgebracht; ich war vorher beinahe kahlköpfig, mit Schuppen, Jucken und Haarausfall stark geplagt. Jetzt bin ich von allem befreit und habe stärkeres Haar wie je zuvor.
 Ich spreche dem Herrn F. Kitz in Herford für diesen glücklichen Erfolg meinen warmsten und öffentlichen Dank aus. Niemand sollte veräumen, bei ähnlicher Plage sich schnelligst an denselben zu wenden. Prospekt sendet er kostenfrei.
Hof. Schandenstrol, Müller.

Wild gefangen, gut gebrüht Delicates-Schinken
 (8-9 Pfd.), Pfd. 55 Pfg.,
 Mag. Hinterhinken, ohne Haut u. Fett (10-15 Pfd.), Pfd. 50 Pfg.



Wollschinken (6-9 Pfd.), Pfd. 75 Pfg.,
Rachschinken (2-4 Pfd.), Pfd. 80 Pfg.,
Gamb. Rauchfleisch (4-8 Pfd.), Pfd. 90 Pfg.,
die. Speck, Pfd. 55 Pfg.,
mag. Speck, Pfd. 55 Pfg.,
Dörrfleisch, Pfd. 65 Pfg.,
mag. Wadenstücke, Pfd. 75 Pfg.,
 garan. rein. Schmalz, 25 Pfd. netto, Eimer gratis, 10 Mk.,
harte Dauerwürste, 8. **Servelat**, Pfd. 1.20 Mk.,
grobe, weiß. **Wad.**, Pfd. 1 Mk.,
grobe, weiß. **Sch. Mettw.**, Pfd. 90 Pfg.,
Salami, Pfd. 1.10 Mk.,
 In dies. Postkammer 10 Pfd. versende:
Feinst-Honig 5 Mk.,
beie Zuckerkorn 3.00 Mk.,
Reichelbieren 3.00 Mk.,
Wien,
Wirabellen,
Schwaben,
Wiesengrüne,
Delicates-Schinken,
 Chr. 6 Mk., im Anbruch 7 Mk. **Verlangen**
 Sie neue, reichhaltige Preisliste, **Freie Garantie für Güte.** 407.6.3
Georg Koch, Köln a. Rh.,
 Friesenstr. 26.

Piano,
 ganz neu, feinsaitig, ganzer Eisenrahmen, hohles Fabrikat, mit schönem Ton, ist mit schönem Kasten zu Mk. 400.— unter Garantie zu verkaufen bei **M. Haack, Eisenhandlung, Karlsruhe.** Gde der Kriegerstr. 2. 773.4.2
 Kein Laden, großer Umlauf, beschänter Nutzen, daher billige Preise!

(Fingernagel-Platz) 439
Manicure H. Bieler,
 Damenfriseur und
 Friseurmacher,
 227 Kaiserstr. 227.

Lüchtige
Ornamentenklemmer
 finden gegen hohes Lob
 768.6.2
Fischer & Sohler,
 Zinornamentenfabrik
 Mannheim.

Badische Landeszeitung

mit tägl. Unterhaltungsblatt und wöchentl. Verlosungsbeilage.

Täglich 2 Ausgaben. Preis pro Quartal M. 2.50. Täglich 2 Ausgaben.

Die „Bad. Landeszeitung“ ist das einzige Blatt im ganzen Großherzogtum Baden, das in einer

Parlaments-Ausgabe

die Verhandlungen des Deutschen Reichstages am Tage nach der Sitzung in ausführlicher Weise veröffentlicht.

Die ausführlichen Berichte der „Bad. Landeszeitung“ über die Beratungen des

Badischen Landtages,

am Tage der Sitzung selbst erscheinend, haben längst in allen Kreisen Anerkennung gefunden.

Bedeutendste nationalliberale Zeitung Badens.

Die „Bad. Landeszeitung“, vorzugsweise in den besser situirten, also kaufkräftigen Kreisen verbreitet, ist ein

wirksameres Insertionsorgan.

Ständige Zunahme

der

Insertaten- und Abonnentenzahl.

Bestellungen auf die „Bad. Landeszeitung“ werden jederzeit von allen Post-Anstalten, Briefträgern, unsern Trägern und Agenturen, sowie in unserer Expedition, Girschstraße 9, entgegen genommen.

Auf Wunsch wird die „Bad. Landeszeitung“ auf 14 Tage zur Probe kostenlos geliefert.

Druck und Verlag von Otto Reuß, Fischstraße Nr. 9 in Karlsruhe.